

Emissionshandel | 16.02.2012 | Lesezeit 2 Min.

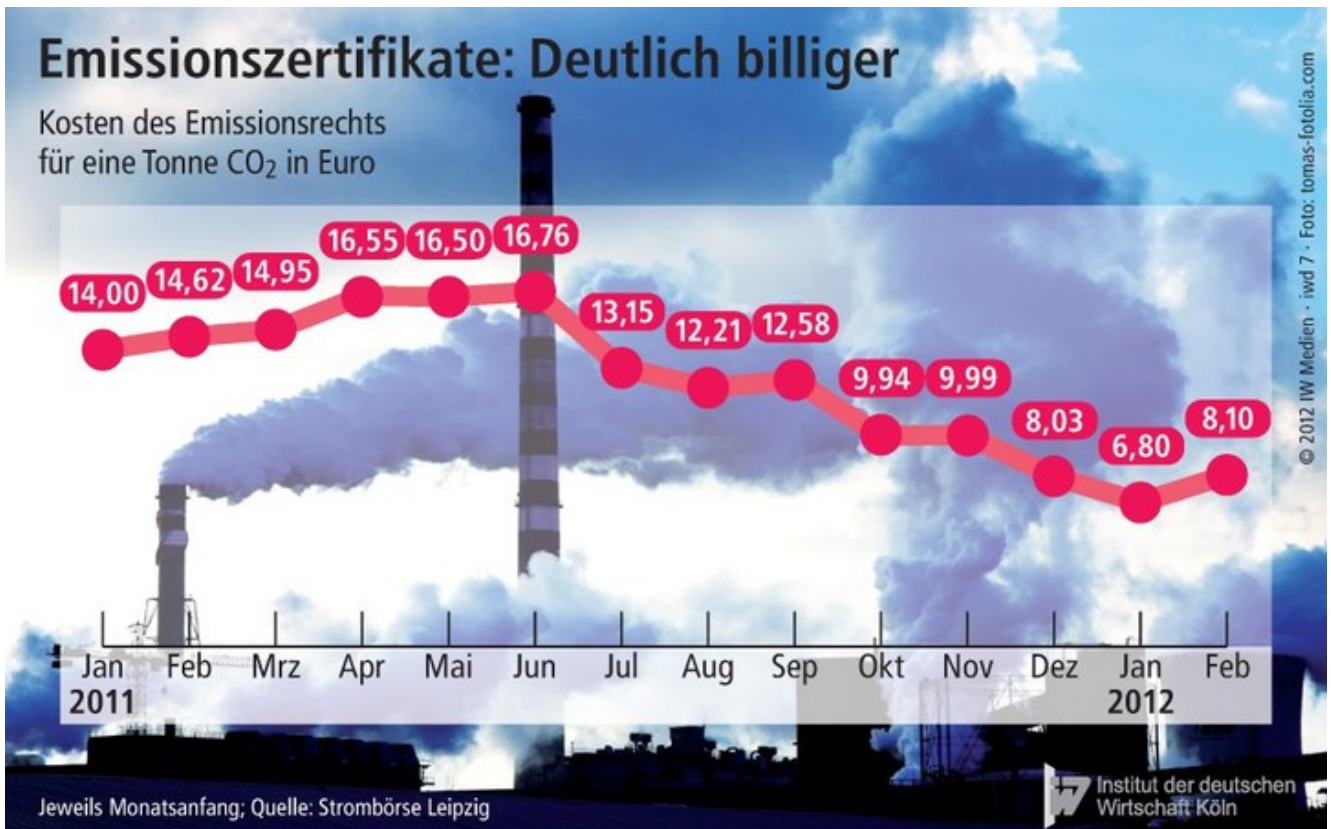
Alles im Schlot

Weil CO₂-Verschmutzungszertifikate derzeit wenig kosten, plädieren einige Politiker bereits für eine Preisuntergrenze. Doch die ist gar nicht nötig. Denn der Zertifikatepreis hat keinen Einfluss auf die festgelegte Emissionsmenge.

Seit 2005 sind in Europa alle Stromerzeuger und ein Großteil der Industrie, die das Treibhausgas Kohlendioxid ausstoßen, zum Kauf von Emissionsrechten verpflichtet. Deren Preise sind seit einem halben Jahr im Sinkflug (Grafik):

Zuletzt kostete ein Emissionszertifikat rund 8 Euro - vergangenes Frühjahr mussten die Unternehmen für den Ausstoß einer Tonne CO₂ noch das Doppelte bezahlen.

Ursache für den Preisverfall ist primär die Wirtschaftskrise: Die europäischen Unternehmen produzierten in den vergangenen drei Jahren weniger als zuvor und setzten folglich auch geringere Mengen CO₂ frei. Das wiederum ließ ihren Bedarf an Emissionszertifikaten sinken.



Kritiker sehen diese Entwicklung mit Skepsis. Für sie sind günstige Emissionszertifikate schlecht, weil sie den Unternehmen weniger Anreize bieten, in den Klimaschutz zu investieren. Außerdem sinken bei niedrigen Einnahmen aus dem Emissionshandel auch jene Summen, welche die Europäische Union in internationale Klimaprojekte investieren kann.

Die im Rahmen des Emissionshandels festgelegten Klimaschutzziele werden dagegen von Zertifikatspreisschwankungen nicht tangiert. Denn schließlich ist nur eine begrenzte Menge von Emissionsrechten auf dem Markt. Der Preis für ein Zertifikat beeinflusst also nicht die erlaubte Verschmutzungsmenge, sondern gibt nur wieder, wie teuer der CO₂-Ausstoß für ein Unternehmen aktuell ist.

Aus Sicht der Unternehmen hat ein niedriger Zertifikatspreis in wirtschaftlich schwachen Zeiten zudem handfeste Vorteile: Zum einen müssen die Betriebe in solchen Phasen weniger Klimaschutzkosten schultern – mit dem angenehmen Nebeneffekt, so wenigstens einen kleinen Teil der in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Energiekosten wieder auszugleichen. Zum anderen dürften sich auch die Strompreise moderater entwickeln – schließlich sind die CO₂-Zertifikate bei der Stromerzeugung ein gewichtiger Kostenfaktor.

Unter wettbewerblichen Aspekten sind moderate Preise für Emissionsrechte ebenfalls begrüßenswert: Denn momentan müssen ausschließlich die Unternehmen in Europa

Verschmutzungsrechte erwerben, was sie gegenüber internationalen Konkurrenten benachteiligt. Die europäischen Regelungen werden allerdings schon bald auf die ganze Welt ausgedehnt – zumindest für eine Branche:

Ab 2013 soll der internationale Flugverkehr in den Emissionshandel einbezogen werden.

Praktisch bedeutet das, dass alle Airlines, die im europäischen Hoheitsgebiet starten oder landen, ihren CO₂-Ausstoß um zunächst 3 Prozent senken sollen. Dieses Vorhaben stößt allerdings auf massiven Widerstand von Großemittenten aus den USA, Russland und Indien. China untersagte den eigenen Luftfahrtbetreibern zuletzt sogar die Teilnahme am System.

Mittelfristig – wenn der Handelsstreit gelöst ist – dürfte die zusätzliche Nachfrage nach Zertifikaten durch die Flugverkehrsbranche die Preise für die Emissionsrechte wieder nach oben treiben. Mehr Wirtschaftswachstum wird den krisenbedingten Preisrückgang über kurz oder lang ebenfalls zunichtemachen. Und schließlich dürfte auch der geplante Ausstieg einiger Länder aus der CO₂-freien Atomenergie zu einer Verteuerung der Emissionsrechte beitragen. Denn die Kohlekraftwerke, die dann vermehrt zum Einsatz kommen dürften, setzen relativ viele Treibhausgase frei.

Kernaussagen in Kürze:

- Weil CO₂-Verschmutzungszertifikate derzeit wenig kosten, plädieren einige Politiker bereits für eine Preisuntergrenze.
- Zuletzt kostete ein Emissionszertifikat rund 8 Euro – vergangenes Frühjahr mussten die Unternehmen für den Ausstoß einer Tonne CO₂ noch das Doppelte bezahlen.
- Ab 2013 soll der internationale Flugverkehr in den Emissionshandel einbezogen werden.